



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Silke Klapproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Hannover, den 5. Mai 2010

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die heutige Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Rettungspaket für Griechenland ist eine der wichtigsten Entscheidungen überhaupt. Es ist deshalb selbstverständlich, dass ich entsprechend meiner festen Praxis in einer persönlichen Erklärung mein Abstimmungsverhalten erläutere:

Ich habe diesem von CDU/CSU und FDP eingebrachten Gesetz nicht zugestimmt, da es trotz langer Verhandlungen nicht möglich gewesen ist, sich neben der Gewährung der Hilfen auch auf dringend notwendige Maßnahmen zur Regulierung der ungezügelter Finanzspekulationen und Regelungen zur Beteiligung der Finanzwirtschaft zu verständigen. Da ich aber nicht in das Horn jener Populisten stoßen möchte, die die Hilfen für Griechenland grundsätzlich ablehnen, habe ich mich - wie meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion – der Stimme enthalten.

Bei dieser Abstimmung geht es nicht nur um Griechenland. Es geht um viel mehr. Es geht um die Frage, welche Rolle Politik national und international zukünftig gegenüber den „Kräften des Marktes“ spielen kann. Es geht letztlich um die ganz grundsätzliche Frage, ob Vertrauen in die demokratischen Strukturen künftig gerechtfertigt ist. Es ist noch keine zwei Jahre her, dass ich angesichts des damaligen Bankenrettungspaketes in meiner Persönlichen Erklärung eindeutig dargelegt habe, dass es nicht sein könne, die öffentliche Hand als bloßen Reparaturbetrieb zu betrachten. Bereits damals war klar, dass der Primat der Politik nur durch eine enge Grenzziehung um die Kapitalmärkte gesichert werden kann. Ich bin deshalb froh, dass die SPD-Bundestagsfraktion bereits im Wahlprogramm die notwendigen Forderungen verankert hatte, wie z. B. das Verbot bestimmter Finanzgeschäfte, die Regulierung und Reformierung sog. Rating-Agenturen und auch Formen der Beteiligung der Finanzwirtschaft an Risiken durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Inzwischen hat auch Bundespräsident Horst Köhler die deutsche Politik eindringlich zum Handeln aufgefordert.

Bislang ist jedoch leider auf Seiten der Bundesregierung in den letzten Monaten nichts passiert. Vielmehr hat die zunächst zögerliche und eindeutig populistische Inszenierung der „eisernen Bundeskanzlerin“ dazu geführt, dass die Zinsen, die zu Beginn der Griechenlandkrise noch bei 5,2 Prozent standen, vor Börsenschluss am vergangenen Freitag schon zwischen 12 und 15 Prozent lagen. Es kann jetzt nicht sein, dass erneut der Steuerzahler für deutsche und europäische Banken und Finanzmarktakteure zahlen müssen, die im Wissen um die griechischen Zahlungsschwierigkeiten dorthin weiter Kredite vergeben haben und zugleich an den Spekulationen gegen den Euro und ganze Mitgliedstaaten verdient haben. Ich empfinde es als Hohn, wenn der Chef der Deutschen Bank nach Berlin reist und



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

großzügig Hilfen der Finanzwirtschaft verspricht, ohne auch nur ein Wort zu konkreten Angeboten zu verlieren. Wer hilft hier eigentlich wem? Wer wäre an sich in der Pflicht, ganz andere Angebote zu machen? Wenn wir als Politik glaubwürdig sein wollen, müssen wir die Regeln setzen. Hier darf es nicht mehr um Freiwilligkeit und Barmherzigkeit gehen. Hier geht es um das Überleben staatlicher Strukturen, die auch der Wirtschaft in vielen Jahrzehnten eine gute Grundlage geboten haben. Das ist wohl an vielen Stellen noch in keiner Weise angekommen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bis kurz vor der Abstimmung versucht, diese Punkte vorzubringen und in Vereinbarungen festzuschreiben, die dieser Verantwortung gerecht werden. Auch bei CDU und CSU gibt es Abgeordnete, die diese Notwendigkeit spüren, so dass man hoffen konnte, dass die Marktgläubigen in die Schranken gewiesen werden könnten. Leider gelang das Vorhaben vor allem auf Grund der neoliberalen Haltung der FDP nicht. Nun darf aber nicht einfach ein Blankoscheck ausgestellt werden. Ich bin mir sicher, dass die Grundproblematik in keiner Weise gelöst worden ist. Die Debatten werden weiter gehen und ich bin froh, dass die SPD Antworten auf die Herausforderungen gegeben hat und eindeutiges Profil zeigt.

Abschließend möchte ich aber auch all denen, die grundsätzlich gegen die Griechenlandhilfe sind, mitteilen, dass ich diese Auffassung nicht teile. Wir sind nicht allein auf der Welt. Jede Deutsche und jeder Deutsche muss ein ureigenes Interesse an Frieden und Stabilität in Europa haben. In unserem Entschließungsantrag, den ich als Anlage beifüge, sind einige Fakten genannt, die wir wahrnehmen sollten, bevor schnelle Wertungen über „die“ Griechen abgegeben werden. Angesichts der vielfältigen Verbindungen in einer globalisierten Welt sind die „einfachen“ Antworten nicht immer die richtigen und schon gar nicht die verantwortungsvollen. Die eigenen vier Wände können schnell selbst betroffen sein, wenn Flächenbrände entstehen. Umso wichtiger war für mich, diese Hilfen nicht einfach so zu beschließen, sondern sie mit ganz grundsätzlichen Veränderungen zu verbinden. Das gilt übrigens auch für die deutsche Politik. Wer angesichts von Steuerprognosen, die Ausfälle von rund 40 Mrd. Euro vorhersagen, den Bürgerinnen und Bürgern Steuererleichterungen verspricht, spielt auch hierzulande mit der Stabilität und verkennet die Tatsache, dass auch wir dringend eine Debatte über die Verschuldung etc. führen müssen. Wer dann noch berücksichtigt, dass in vielen Bereichen dringend notwendige Gelder fehlen, der muss über die Erhöhung der Einnahmeseite, über die Beteiligung starker Schultern und über solidarische Finanzierungsmodelle unserer Sicherungssysteme reden.

Ich hoffe, dass ich meine Erwägungen verdeutlichen konnte. Es geht in diesen Zeiten um ganz grundsätzliche Überzeugungen. Wer mit mir diese Thesen persönlich diskutieren möchte und dazu noch mit Rolf Wernstedt einen sehr erfahrenen Politiker erleben möchte, den lade ich abschließend herzlich ein zum traditionellen Calenberger Treff ein. Er findet statt am 12. Mai ab 19.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus in Wennigsen-Degersen, Neuer Hagen 8.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Miersch